

Haushaltsnormen: Katrin Jadin und Pascal Arimont besorgt wegen der Auswirkungen der SEC2010-Norm auf öffentliche Investitionen

Der EU-Abgeordnete Pascal Arimont (CSP) und die Kammerabgeordnete Katrin Jadin (PFF) teilen die negative Bewertung der DG-Regierung (siehe GE-Dienstausgabe) in Sachen SEC-Norm.

Dass die EU-Stabilitätshüter bei Belgien so streng hinschauen, liegt nicht zuletzt daran, dass das Königreich beide Maastricht-Kriterien überschreitet. Nachstehend ein Doppelinterview mit den beiden ostbelgischen Abgeordneten.

Aussagen von Gemeinde- und Gemeinschaftspolitiker zufolge droht die künftige Anwendung der sogenannten SEC2010-Norm die finanziellen Spielräume im Bereich der Investitionen der öffentlichen Hand extrem einzuschränken. Wie ist Ihre Einschätzung dieser neuen Werte?

Katrin Jadin: Ich teile diese Einschätzung vollends, da es, in der Tat so sein wird, dass zukünftige Investitionen der öffentlichen Hand, sei es auf lokaler Ebene ab 2017, auf regionaler oder föderaler Ebene schon 2015, komplett in dem Jahr verbucht werden müssen, in der sie getätigt werden. Es ist so, als wenn Sie in Zukunft Ihr Haus nicht mehr mittels eines Kredits über mehrere Jahre abschreiben könnten, sondern es „cash“ bezahlen müssten...

Pascal Arimont: SEC2010, in Kombination mit den neuen europäischen wirtschaftspolitischen Steuerungsregeln, grenzt die finanzielle Handlungsfähigkeit der öffentlichen Hand in der Tat sehr stark ein. Hinsichtlich der Tatsache, dass die Staaten zu sehr verschuldet sind, halte ich Finanzdisziplin für grundsätzlich gut und wichtig. Leider trifft es in diesem Fall aber nicht nur die übergeordneten Machtebenen, die die Schuldenkrise mit verursacht haben, sondern auch die kleinen Gemeinden, die oftmals sehr vernünftig gewirtschaftet haben. Meiner Meinung nach sollte man den Gebietskörperschaften eine gewisse Flexibilität zugestehen, damit sie weiterhin in sinnvolle, das heißt zukunftsträchtige Projekte investieren können.

Über die stark reduzierten Investitionsspielräume hinaus werden negative Auswirkungen auf die Konjunktur und die Arbeitsplätze befürchtet. Teilen Sie diese Befürchtungen?

Jadin: Absolut. Diese europäische Vorgabe wird zwangsläufig in ihrer Anwendung zur Folge haben, dass weniger Investitionsprojekte getätigt werden können, da die Pflicht eines ausgeglichenen Haushaltes ja auch auf allen Ebenen weiterhin selbstverständlich gewährleistet bleiben muss. Da das damit verbundene Risikokapital demnach auch nicht mehr durch die öffentliche Hand garantiert wird, werden die meisten Unternehmen dieses Finanzvolumen nicht stemmen können. Eine Katastrophe für unsere Wirtschaft, sowie für die Qualität unserer Dienstleistungen.

Arimont: Ja. Eine der größten Herausforderungen Belgiens ist der Bereich der Investitionen im öffentlichen Sektor. Im Laufe der Jahre sind diese auf 1,6 Prozent des Bruttoinlandsproduktes gesunken und stellen somit einen der niedrigsten Stände in der EU dar. Der Juncker-Plan schafft deshalb Anreize für Investitionen in den Mitgliedstaaten. Man denke zum Beispiel an Infrastrukturprojekte im Bereich der Energieversorgungssicherheit oder Investitionen im Bereich der erneuerbaren Energien. Belgien könnte aber auch verstärkt in Transportnetzwerke und deren Infrastrukturen investieren, die es zum idealen Standort für eine Logistik-Basis oder für Verteilerzentren machen würden. Allerdings handelt es sich bei diesen großen Projekten meist um öffentlich-private Partnerschaften (PPP), die nur wegen des Juncker-Plans in Erwägung gezogen werden. „Normale“ Investitionen – wie zum Beispiel den Bau einer Schule oder die Erneuerung des Ortskerns – bleiben da meist außen vor. Allerdings brauchen wir Anreize, damit auch in solche Projekte investiert wird.

Wird das Föderalparlament sich nochmals mit der nationalen Umsetzung dieser Norm beschäftigen?

Jadin: Premier Charles Michel (MR), Außenminister Reynders (MR), sowie Finanzminister Van Overtveldt (N-VA) haben EU-Kommissarin Marianne Thyssen bereits im April auf die schweren Folgen der Anwendung dieser Norm hingewiesen, insbesondere für Belgien, das mit dieser Konsolidierung aller Schulden keine Spielräume für neue notwendige Investitionen mehr hat (siehe Justizpalast Eupen, Gefängnisbau, Tram etc...). Sie muss dieses Anliegen ernst nehmen und handeln.

Und wie sieht es auf europäischer Ebene aus?

Arimont: SEC2010 trat zwar schon am 26. Juni 2013 in Kraft, das Thema wird jedoch regelmäßig in den Ausschüssen für regionale Entwicklung sowie Wirtschaft und Währung aufgegriffen. Auch die Kommission wird mit gezielten schriftlichen Fragen auf die Problematik der Investitionsspielräume hingewiesen. So fordert unter anderem auch der Ausschuss der Regionen, dass die regionalen und nationalen Ausgaben für Investitionsvorhaben, die über EU-Mittel kofinanziert werden, nicht in die Berechnung der Staatsverschuldung einbezogen werden. Diese Forderung unterstütze ich vollkommen und habe das auch mehrfach gegenüber der Europäischen Kommission zur Sprache gebracht. Aktuell besteht auf europäischer Ebene diesbezüglich jedoch keine einhellige Meinung, da beispielsweise die Länder des Nordens, wie Deutschland, eine völlig andere Einstellung bezüglich der Finanzdisziplin haben als einige Länder des Südens. Das erschwert die Lösungsfindung.

Sind Änderungen überhaupt noch möglich beziehungsweise realistisch?

Jadin: In den großen EU-Ländern, wie Deutschland oder Frankreich, ist dies nicht so tragisch, da die lokal getätigten Schulden auf Bundesebene aufgefangen werden können. Weniger hoch verschuldete Länder, wie Luxemburg zum Beispiel haben auch nicht dieselben Schwierigkeiten bezüglich der SEC-Norm. So viel zum Thema Realismus.

Muss denn da nicht nachgebessert werden?

Jadin: Nachgebessert ist nicht der richtige Terminus, denn eigentlich geht es viel mehr darum, dass man von dieser Art von Verbuchung auf lokaler Ebene absieht. Aber Sie wissen ja, wie das in der EU mit Ausnahmen ist. Diese Maßnahme ist nicht wirtschaftsfördernd und ich sehe auch nicht ihre besondere Relevanz auf verbuchungstechnischer Ebene für die EU.

Arimont: Nachbesserungsbedarf sehe ich in der Anwendung der sogenannten Investitionsklausel des Fiskalpaktes, die es den EU-Mitgliedstaaten erlaubt, Investitionen zu tätigen und vorübergehend von ihrem Haushaltsziel abzuweichen. Dazu müssen projektgebundene Bedingungen erfüllt werden, die jedoch nur dann greifen, wenn der Haushalt des jeweiligen Mitgliedstaates sich nicht in einer bedrohlichen Lage befindet.

Sehen Sie Alternativen?

Arimont: Zur Berechnung der haushaltstechnischen Gesundheit eines Staates hat man sich in Europa auf den Begriff des Finanzierungssaldos geeinigt, also der Differenz zwischen gesamten Einnahmen und gesamten Ausgaben). In den USA oder Japan werden die Investitionsausgaben jedoch nicht mit einberechnet. Während der Bau einer Schule – also eine Investition, die als einmalige Ausgabe betrachtet wird – in Belgien zu einem Defizit führen könnte, bliebe es in Japan möglicherweise bei einem Überschuss. Eine Lösung könnte darin bestehen, zu definieren, welche Investitionen als sinnvoll, da zukunftsorientiert, eingestuft werden, und diese bei der Berechnung des Defizits nicht oder flexibler zu berücksichtigen. Für einen solchen Lösungsansatz fehlt zurzeit jedoch der politische Wille. Die EU-Kommission hat mich darauf hingewiesen, dass man sich aber vorstellen könnte, dass das Eigentumsrecht erst sukzessive übertragen wird, beispielsweise über einen Zeitraum von mehreren Jahren, je nach Stand der Arbeiten. Nehmen wir als Beispiel das Projekt einer Umgehungsstraße: Anstelle des gesamten Projekts würden Teile der Straße in drei Etappen über einen Zeitraum von drei Jahren übertragen werden. Zur Verrechnung der Investitionen würde jedes Jahr jeweils etwa ein Drittel des Gesamtbetrags eingetragen – unabhängig davon, wann die Zahlung effektiv erfolgt.

Von Jürgen Heck

Copyright © 2015 Grenz Echo. Alle rechten vorbehalten